



4. September 2014

## Pressemitteilung

### **Interne Landkreisversammlung am 4. September 2014 in Bülstringen, Landkreis Börde:**

### **Landkreise beschließen Zehn-Punkte-Forderungspapier für die neue Kommunalwahlperiode**

„Quo vadis kreisliche Selbstverwaltung?“ lautet der Titel des Forderungspapiers, das heute von allen elf Landkreisen im Rahmen der Jahrestagung des Landkreistages Sachsen-Anhalt beschlossen worden ist. Darin erwarten die Landkreise für die neue Kommunalwahlperiode 2014 bis 2019 eine deutliche Stärkung der kreislichen Selbstverwaltung und damit der Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort.

Das Papier enthält insgesamt zehn Forderungen, die sich vorrangig an Landtag und Landesregierung richten. Im Mittelpunkt steht eine auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung der Landkreise für die eigenen und übertragenen Aufgaben. Mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich fordern die Landkreise Kontinuität bei der Höhe der Landeszuweisungen und keine weiteren Kürzungen bei der Finanzausgleichsmasse.

Die Landkreise erneuern auch ihre Forderung nach einer verbesserten Infrastruktur im ländlichen Raum und bekräftigen das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im Land Sachsen-Anhalt. Hierzu gehört der Erhalt eines ortsnahe Schulangebotes, um gerade für junge Familien als Wohnort attraktiv zu bleiben.

Angesichts der stetig steigenden Sozialausgaben fordern die Landkreise, dass neue Leistungsausweitungen im Jugend- und Sozialbereich unter den ausdrücklichen Vorbehalt der Finanzierbarkeit von Land und Kommunen zu stellen sind.

Die Arbeitslosenquote im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren erheblich gesunken, weil sich die Landkreise bei der Vermittlung der Arbeitssuchenden stark engagiert haben. Für den im Leistungsbezug verbliebenen Personenkreis fordern die Landkreise die Ausgestaltung eines sozialen Arbeitsmarktes bzw. öffentlich geförderter Beschäftigung.

Albrechtstr. 7  
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0  
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de  
<http://www.komsanet.de>

Stadtparkasse Magdeburg  
Kto. 37 003 087  
BLZ 810 532 72

Den starken Asylbewerberzuzug bewerten die Landkreise als gesamtstaatliche Aufgabe, der auch sie sich mit ihren Möglichkeiten stellen. Forderungen richten sie allerdings an Bund und Land, hierbei für angemessene Rahmenbedingungen zu sorgen. Insbesondere wird das Land aufgefordert, die finanziellen Mehraufwendungen der Landkreise für diese Landesaufgabe zügig und vollständig auszugleichen.

Um sich als moderner Dienstleister in der Fläche weiterentwickeln zu können, setzen die Landkreise letztlich auf eine stärkere technische Vernetzung mit dem Land und auf flexiblere personalwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Beamten- und Tarifrecht.

Das Forderungspapier „Quo vadis kreisliche Selbstverwaltung?“ liegt als **Anlage** bei.

V. i. S. d. P.:

Geschäftsführer Theel, Telefon: 0391/5653110 u. 0172/3808291

Stellv. Geschäftsführer Struckmeier, Telefon: 0391/5653130 u. 0171/6433201